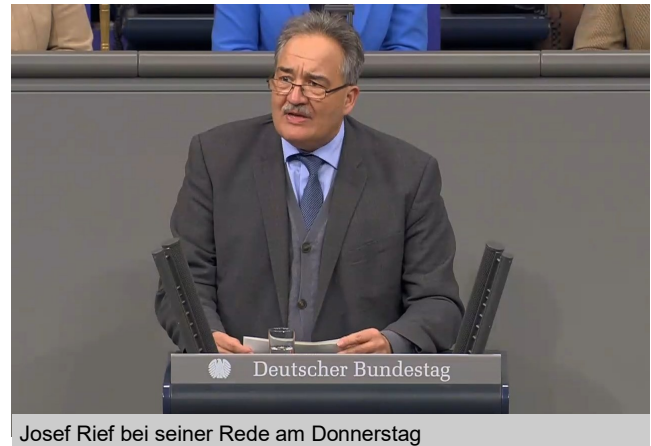


Bundshaushalt 2024: Ampel erhöht Steuern und Schulden

Haushaltswoche debattiert Budgets der Ministerien

Der Deutsche Bundestag hat am Freitag den Bundeshaushalt für das laufende Jahr 2024 beschlossen.

Das Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 15. November hatte ein Beben in der Regierungskoalition ausgelöst. Krampfhaft hatte die Ampel versucht, für das kommende Jahr einen verfassungskonformen Haushalt aufzustellen. Das Ergebnis nach einem haarsträubenden Haushaltsverfahren sind höhere Steuern und mehr Schulden von noch einmal 39 Milliarden Euro, ohne wirkliche strukturelle Sparmaßnahmen zu ergreifen oder Wachstumsimpulse für unsere Wirtschaft zu geben. Zusagen des Staates bei Förderprogrammen werden nicht eingehalten wie bei der E-Auto-Förderung, die ebenso beendet wurde wie die Auszahlung der Bauernmilliarde. Kürzungen gibt es außerdem in wich-



Josef Rief bei seiner Rede am Donnerstag

tigen Bereichen wie dem Katastrophenschutz, so hat das THW 27 Mio. Euro weniger als noch 2023, was selbst die THW-Präsidentin stark kritisierte. **Seite 2**

Debatte zum Agrarhaushalt: Milliarden schwere Kürzungen und Belastungen in den vergangenen zwei Jahren Ampel

In den abschließenden Haushaltsberatungen für den Bundshaushalt 2024, die infolge des Karlsruher Urteils zum grundgesetzwidrigen Haushalt ins neue Jahr verschoben werden mussten, wurde die erneut die Ideenlosigkeit und der mangelnde Sparwillen der Bundesregierung deutlich.

Als zuständiger Haushälter der Unionsfraktion begann Josef Rief die Debatte zum Agrarhaushalt am Donnerstag mit scharfer Kritik am Ergebnis der Beratungen.

Die Bundesregierung habe in den vergangenen zwei Jahren das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger Stück für Stück verloren. Es komme aber darauf an, die Menschen in einer Demokratie mitzunehmen. Die Umfrageergebnisse der Regierung seien verheerend, so Rief. Die Proteste der Landwirte und anderer Berufsgruppen dokumentierten das klar. Die Landwirte müssten in den vergangenen zwei Jahren Ampel milliarden schwere Belastungen und Kürzungen hinnehmen. So etwa durch Kürzungen bei der Berufsgenossenschaft,

Abschaffung der Gewinnglättung, GAK-Kürzung, Kürzung bei der Bauernmilliarde, Mauterhöhung, beim CO2-Preis und beim Agrardiesel.

Rief wies darauf hin, dass man nach dem Urteil aus Karlsruhe nur über die Abschaffung der Agrardieselerückzahlung spreche. Aber schon vor dem Urteil sei der Etat des Landwirtschaftsministers eines der Spar Schweine des Finanzministers. So sei die GAK, die Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz, um fast 300 Mio. Euro gekürzt worden. Es sei dreist, es jetzt als Erfolg zu verkaufen, dass 66 Mio. der Kürzungen zurückgenommen wurden. Rief warf der Ampel vor, dass es Methode habe, wie bei der Ankündigung, den Bauern Agrardiesel-Steuer und Kfz-Steuer aufbürden zu wollen und dann die Rücknahme einer Maßnahme als Erfolg zu verkaufen.

Besonders interessant sei das Vorgehen bei der sogenannten Bauernmilliarde. Hier habe man den Landwirten versprochen, sie mit über 800 Millionen **Seite 2**

Besuchen Sie Josef Rief auch auf seiner Homepage, bei Facebook und auf Instagram!



Fortsetzung von Seite 1 Bundeshaushalt 2024

Die Landwirtschaft und der ländliche Raum werden überproportional belastet, mit der Agrardieselsteuer, aber auch durch Kürzungen von über 226 Mio. Euro bei der Gemeinschaftsaufgabe Agrarstruktur und Küstenschutz, aus der auch die ländliche Entwicklung und Dorfmodernisierungsprogramme finanziert werden. Die Bundeswehr wird nicht besser ausgestattet, sondern lebt aus dem Sondervermögen. Wenn dieses 2028 aufgebraucht ist, klaffen Finanzierungslücken von 58 Milliarden Euro. Gleichzeitig wächst das Personal der Bundesverwaltung weiter. Hinzu kommen Mehrbelastungen in Höhe eines zweistelligen Milliardenbetrags für Bürgerinnen und Bürger sowie die Unternehmen: die Erhöhung der Lkw-Maut, der höhere CO₂-Preis, die Abschaffung der Agrardieselerückvergütung, die Erhöhung der Luftverkehrsabgabe, die Einführung einer Plastikabgabe sowie die Rücknahme der ermäßigten Mehrwertsteuer bei Gastronomie und Gas. Zusätzlich kürzt die Ampel den Zuschuss zur gesetzlichen Rentenversicherung erheblich. Rentenbeitragssteigerungen dürften die Folge sein. Diese Haushaltspolitik

der Ampel wird den Herausforderungen Deutschlands nicht gerecht. In der bisherigen Finanzplanung und dem aktuellen Ausgabenniveau gibt es für 2025 bereits wieder großen Handlungsbedarf für Einsparungen von 20 bis 30 Milliarden Euro. Ich weiß nicht, wie die Ampelkoalition ihre Versprechungen für 2025 einhalten will, wenn einerseits die Schuldenbremse eingehalten werden soll, was zwingend ist, und andererseits weiter hohe Konsumausgaben erfolgen sollen. Am meisten macht sich Josef Rief Sorgen darüber, dass aufgrund unzähliger weiterer zum Teil unsinniger Vorschriften und massiven Energiepreissteigerungen die Schlüsselunternehmen ins Ausland abwandern und aus ideologischen Gründen Menschen die Neuanschaffung von Heizung und Wohnungsmodernisierung in kürzester Zeit nicht schultern können. Völlig schleierhaft sei, wie die Elektromobilität von Normalverdienern ohne Förderung bezahlt werden kann. Der ländliche Raum ist der große Verlierer der gegenwärtigen Regierungspolitik. ■

Fortsetzung von Seite 1 Rede Agrardebatte

Euro bei der Anschaffung CO₂-mindernder Maschinen etwa zur Ausbringung von Wirtschaftsdünger zu unterstützen. Viele Bauern könnten kaum noch regelkonform düngen, übrigens auch Öko-Betriebe. Fast die Hälfte der Antragsteller sei leer ausgegangen. Klammheimlich gebe die Bundesregierung 300 Mio. Euro weniger aus als versprochen.

Die neueste Idee, um der Landwirtschaft zuzusetzen, sei die Abschöpfung der Versteigerungserlöse aus dem Windenergie-auf-See-Gesetz der Fischer. Durch die Kürzung der Einnahmen um 80 % zahlten quasi die

Fischer die Kfz-Steuer, die den Landwirten 2024 erspart bleibe. Von 670 Mio. Euro für die Fischerei blieben noch 109 Mio. Euro übrig. Die abgeschöpften Gelder überstiegen die Summe bei Weitem, die für 2024 durch die Kfz-Steuer für landwirtschaftliche Fahrzeuge zu erwarten gewesen wäre.

Er habe große Sorge dass sich ein Teil der Bauern – eigentlich staatstragend kreuzbrave Leute – ob dieser schlechten Politik radikalisieren könnte. Es sei die Verpflichtung der Regierung, durch gute Politik dem vorzubeugen! Die Union traue sich dies zu. ■

Holocaust-Gedenken im Bundestag: „Sei ein Mensch!“

Überschattet von neuem Antisemitismus und Rechtsextremismus in Deutschland hat der Bundestag der Opfer des Nationalsozialismus gedacht. Zum Jahrestag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz am 27. Januar 1945 sprachen die Holocaust-Überlebende Eva Szepesi und der Sportjournalist Marcel Reif zu den Abgeordneten. Szepesi warnte vor Rechtsextremismus, vor Antisemitismus und Judenhass, der nach dem blutigen Hamas-Überfall auf Israel neu entflammt ist. „Die Schoah begann nicht mit Auschwitz. Sie begann mit den Worten, mit dem Schweigen und dem Wegschauen der Gesellschaft“, mahnte sie. „Wer schweigt, macht sich mitschuldig.“ Marcel Reif würdigte die Tatsache, dass Szepesi Deutschland „mit unfassbar großem Herzen eine zweite Chance“ gegeben habe. Diese zweite Chance dürfe „niemals und nirgends vertan werden“. Das „Nie Wieder“, das Deutschland sich auf seine Fahnen geschrieben hat, müsse „gelebte und unverrückbare Wirklichkeit werden“, sagte Reif, dessen Vater den Holocaust nur knapp überlebt und zeitlebens über seine Erfahrungen geschwiegen hatte. ■

